BESCHLUSSVORLAGE

BV-0070/2016
öffentlich

Amt:	Bürgerservice
Bearbeiter:	Birgit Lehmann

Datum:	01.09.2016
Aktenzeichen:	

Gremien:	Datum:	TOP:	Beschlussvorschlag:			Abstimmungsergebnis:		
			angen.	abgel.	geänd.	angen.	abgel.	enthal.
Hauptausschuss	21.09.2016		x	-	-	6	0	0
Gemeinderat	29.09.2016		x	-	-	16	0	2

vom Mitwirkungsverbot nach §33 KVG LSA betroffen:

Mitzeichnung der Ämter / Bereiche:

Hauptamt (HA)	Finanzen (FIN)	Bauamt (BA)	Serviceamt (SV)	Unternehmerbüro (UB)	Regiebetriebe (RB)	Justiziar (JU)	EB WoWi (EB)

Gegenstand der Vorlage:

Satzung zur Festlegung des Schuleinzugsbereiches für die Gemeinschaftsschule Barleben

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die Satzung zur Festlegung des Schuleinzugsbereiches für die Gemeinschaftsschule Barleben.

Keindorff

Siegel

Sachverhalt

Die Gemeinde Barleben ist auf Grundlage des § 65 Absatz 3 des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) Schulträger der Ganztagschule Barleben. Zum Schuljahr 2016/2017 hatte die Ganztagschule die Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule beantragt.

Diesem Antrag wurde mit Schreiben vom 26.05.2016 durch das Landesschulamt die fachaufsichtliche Zustimmung erteilt, so dass die Gemeinschaftsschule ab dem Schuljahr 2016/2017 jährlich aufwachsend beginnend ab dem 5. Schuljahrgang entwickelt werden kann.

In seiner Stellungnahme zu dieser Umwandlung weist der Landkreis Börde – als Träger der Schulentwicklungsplanung – darauf hin, dass eine Regelung des Schuleinzugs-bereiches unter Beachtung der Vorgaben nach § 41 Absatz 2 SchulG LSA vorzunehmen ist. Diesem Hinweis wird durch Erlass der beigefügten Satzung entsprochen.

Die Satzung bezieht sich auf das Gemeindegebiet und umfasst die Ortschaften Barleben, Ebendorf und Meitzendorf.

Zur Regelung der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern aus den Ortschaften Dahlenwarleben, Gersdorf, Gutenswegen, Groß Ammensleben und Klein Ammensleben der Gemeinde Niedere Börde an der Gemeinschaftsschule Barleben wurde eine Vereinbarung nach § 66 Absatz 1 bis 3 SchulG LSA mit dem Landkreis Börde abgeschlossen.

Begründung für Status „nicht öffentlich“:
entfällt

Rechtsgrundlage

§ 41 Schulgesetz LSA

Finanzielle Auswirkungen

Kosten der Bearbeitung in EUR	50,- €
-------------------------------	--------

Kosten der Maßnahme

JA NEIN

1) Gesamtkosten der Maßnahmen (Beschaffungs- /Herstellungskosten)	2) Jährliche Folgekosten/ -lasten	3) Finanzierung	4) Einmalige oder jährliche Haushaltsbelastung (Mittelabfluss/Kapitaldienst/ Folgelasten oder kalkulatorische Kosten)
		Eigenanteil Objektbezogene Einnahmen	
		(i.d.R.= Kreditbedarf)	(Zuschüsse/ Beiträge)
€	€	€	€

im Ergebnishaushalt ☐ JA ☐ NEIN	im Finanzhaushalt ☐ JA ☐ NEIN	betreffende Buchungsstelle
---	---	-------------------------------

Anlagen

Satzung zur Festlegung des Schuleinzugsbereiches

Stellungnahme des Landkreises Börde zur Umwandlung

Vereinbarung mit dem Landkreis Börde zur Festlegung des Schuleinzugsbereiches

Auszug § 41 SchulG LSA